

Analyse

Mattle kann jetzt beweisen, wer der Chef in der ÖVP ist

Von Peter Nindler

Die schwarz-rote Landesregierung kommt bei der Zillertalbahn gar nicht mehr aus: Zu viele offene Fragen liegen seit dem Grundsatzbeschluss für den Wasserstoffantrieb auf dem Tisch, die kritischen Gutachten können nicht einfach negiert werden. Zugleich müssen Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) und sein Vize Georg Dornauer (SPÖ) den sich verfestigenden Eindruck widerlegen, sie seien politisch Getriebene von Franz Hörl. Vom ÖVP-Wirtschaftsbundobmann und Aufsichtsratsvorsitzenden der Zillertalbahn.

Dass der Tourismus einen Beitrag zur Dekarbonisierung der 32 Kilometer langen Dieselbahn leistet, ist Hörls Verdienst. Doch das darf nicht als Killerargument gegen eine notwendige Auseinandersetzung mit anderen Antriebsformen wie Elektro oder Akku- bzw. Batterie-Hybrid-Züge mit Teilerleitung verwendet werden.



Lesen Sie dazu mehr
auf der Seite 4

peter.nindler@tt.com

Ohne Not hat Schwarz-Rot im Juni den Regierungsbeschluss für die Wasserstoffbahn politisch übers Knie gebrochen. Ja, die Politik muss entscheiden, aber nachvollziehbar. Wasserstoff als Innovation kann allerdings nicht das Hauptargument dafür sein, die politische Schwerkraft für sparsames, wirtschaftliches und zweckmäßiges Handeln außer Kraft zu setzen. Liegen die geschätzten Mehrkosten in einer Bandbreite von 83 und 180 Millionen Euro, sind berechtigte Zweifel angebracht. Drüberfahren war einmal, Transparenz ist der Schlüssel für Glaubwürdigkeit.

So gesehen, befindet sich Regierungschef Anton Mattle in einer komfortablen Position, wenn er alle Fakten für einen umweltfreundlichen Antrieb der Zillertalbahn noch einmal beleuchten lässt. Am sinnvollsten wäre eine technologieoffene Ausschreibung, damit ein fundierter Kostenvergleich ohne Gutachterstreit möglich wäre. Außerdem muss Mattle auch innerparteilich endlich einmal klar Schiff machen und zeigen, wer das Sagen in der ÖVP hat. Schließlich muss er und nicht Franz Hörl oder der Zillertaler ÖVP-Bauernbundchef LHStv. Josef Geisler bei der Landtagswahl 2027 wiedergewählt werden. Andernfalls könnte sich der Eindruck der Klientelpolitik verstärken.